Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 13 | — Erscheint wöchentlich 5 mal. — Bezugspreis: monatl. 450.— Mk. ohne Bestellgeld. | Halver Freitag, den 19. Januar 1923 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 88 mm Breite 15.— Mk., im Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 50.— Mk., Offerten-Besorgung 0.— Mk. | 23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reparationskommission hat neue „Verfehlungen Deutschlands" bei den Kohlen- und Viehlieferungen festgestellt, nicht aber bei den Holzlieferungen. Der britische Delegierte stimmte dagegen.

* Die Franzosen bereiten den weiteren Vormarsch in der Richtung Münster durch Heranziehen neuer Truppen vor.

* Die Zechenbesitzer und die Arbeiterschaft im Ruhrgebiet bleiben trotz aller französischen Drohungen fest bei ihrer Weigerung, Reparationskohlen zu liefern.

* In England und Amerika wird die französische Aktion im Ruhrgebiet immer pessimistischer beurteilt.

* Stinnes hat in England einen Kredit von zwei Millionen Pfund zum Kohlenankauf erhalten.

* Der Dollar erreichte an der Berliner Mittwochbörse einen Stand von über 18 000.

„Stahl schlägt Funken".

Blau-weiß-rot, in den Farben Frankreichs, flatterte es von allen Türmen, aus allen Fenstern, als die Franzosen in das Elsaß einrückten, weit breiteten die „Geknechteten" die Arme aus, ihre „Befreier" zu empfangen, und heiße Brüderküsse wurden getauscht. Und jetzt? In wenig Jahren hat es die französische Verwaltung im Elsaß verstanden, ihre neuen Untertanen zu Vergleichen mit dem „Früher" anzuregen; aus der Liebe zu Frankreich wurde spöttischer Hohn, wurde schließlich Verachtung. Der kernfeste Alemanne sieht herab auf den dekadenten, volkskranken Franzosen, dem das Elsaß nicht das befreite, sondern das eroberte Land ist.

Innerlich widerstandslos, durch vier Jahre Hunger und Krieg erschöpft, beugte sich das Rheinland den einrückenden „Siegern". Wer es vermag, der werfe Steine auf jene, die ihre Heimat retten wollten im großen Zusammenbruch. Auch das ist anders geworden im Laufe der vier Jahre, und auf dem letzten Parteitag der Sozialdemokratie hielt der Kölner Reichstagsabgeordnete Sollmann eine nationale Rede. In allen Eisenbahnwagen liest man — auf französisch — das „Nieder mit den Franzosen! Der Tag der Rache wird kommen!" Uns ist nicht bange um das Rheinland, und die Pläne eines Maurice Barrès, der die Seele des Rheinländers gewinnen wollte, sind zerstoben.

Und nun kommt das Ruhrgebiet in die gleiche Bearbeitung. Rein politisch gesehen, rechnete Frankreich damit, daß auch die jetzige deutsche Regierung platonische Proteste gegen die Vergewaltigung loslassen würde, daß sie aber, wie vor zwei Jahren nach London, in acht Tagen am Boden liegen und daß schließlich — vielleicht nach einer innerpolitischen Umwälzung — alles bewilligt werden würde. Und das Ruhrgebiet selbst? Die Franzosen waren überzeugt, daß die Bevölkerung sich widerstandslos als willfährige, gehorsame Staatsbürger, als ausführende passive Organe der neuen Verwaltung, als stumme Diener der militärischen Kräfte bei ihren wirtschaftlichen Plänen erweisen, daß sie willenlos die Machtveränderung als ein unvermeidliches Schicksal über sich ergehen lassen würden. Sie rechneten weiter damit, daß die in Deutschland anscheinend so starken, pazifistisch-internationalistischen Geistesrichtungen in den Führerschichten des Parlaments, der Presse und Intelligenz hinreichen würden, ihnen bei der Überwältigung der nationalen Abwehrfront zu helfen, so sehr, daß wir, nach acht- oder vierzehntägiger Bearbeitung mit der Hungerpeitsche, das Zuckerbrot der „Erleichterung" in Sonderverhandlungen mit Frankreich frohen Herzens annehmen würden; daß dann aus diesen Kreisen der Ruf kommen würde: „Seht, die Franzosen sind gar nicht so schlimm; wir wollen uns verständigen, was die Verständigungspolitiker immer gefordert haben!" Erfüllen sich diese französischen Berechnungen, dann hätte allerdings Poincaré einen Erfolg von beispielloser Größe erreicht, das Ziel jahrhundertealter französischer Sehnsucht, nämlich die Zertrümmerung Deutschlands.

Aber die Franzosen stoßen auf einen zähen Volksschlag im Ruhrgebiet. Es ist ein starkes, im Ringen mit unterirdischen Gefahren hart gewordenes Volk, als Arbeiter geballt zu Millionenorganisationen, und zwar zu kampfgewohnten, mit dem Geist der Solidarität tief durchtränkten Gebilden. Und die gesamte Arbeiterschaft geballt zu einer Kampfklasse gegen das Herrentum der Unternehmerschaft, eine Kampfklasse oft auch gegen den Staat der älteren Generation: häufig genug hat sie Proben zähen Kampfsinnes gezeigt. Und in Hunderttausenden flutet das alte trotzige niederdeutsche Blut. Ihm jetzt zur Seite steht ein gleichgeartetes, häufig aus den gleichen Kreisen stammendes Unternehmertum von Düsseldorf rheinabwärts und hinüber bis Hamm. Männer wie der alte Kirdorf, wie Stinnes, wie Thyssen, Vater und Sohn, der jetzt als eisenstirniger Führer der Zechenherren von den Franzosen gefangengesetzt werden soll, und Vögeler-Lübsen vom Kohlensyndikat und wie sie alle heißen, — das sind keine willfährigen Werkzeuge französischer Wirtschafts- und Machtpolitik; denen imponiert das Säbelgerassel eines französischen Generals wirklich nicht. Die — können warten; Frankreich nicht. Es klingt ganz anders, wenn diese Männer, Thyssen oder der christliche Gewerkschaftler Imbusch mit den Franzosen verhandeln. Jetzt stößt Frankreich auf ein Wollen, auf eine Kraft. Das zwingt die Franzosen zur Entwicklung militärischer Macht, was ihnen sehr unangenehm ist. Aber wir, wir selbst haben sie dazu zu zwingen: das Märchen der „Ingenieurexpedition" muß in alle Winde zerblasen werden, damit auch der ganze Friedensvertrag, zerblasen mit allen Konsequenzen. Wie ein Schild halten ihn die Franzosen vor, er ist ihnen kostbar; sie stellen jetzt wieder „Verfehlungen" Deutschlands gegen ihn fest, weil wir ihn, den von Frankreich zerrissenen, nicht mehr anzuerkennen verpflichtet sind. Frankreich will möglichst bald mit uns „allein" verhandeln. Wie sollten wir den Wunsch dazu haben? Frankreich soll seine Folgerungen ebenfalls „allein" ziehen und die Konsequenzen tragen. Mit einer deutschen Regierung, die nicht nur „Nein" sagt, sondern auch beim „Nein" verharrt, weil sie einfach dabei bleiben muß, hat Frankreich nicht gerechnet.

Und einfachste, aber richtige Politik ist immer die gewesen, die von sich aus, nicht erst gezwungen aus Angst vor Schlimmerem, immer das tut, was dem Feind am unangenehmsten ist. Wir haben so manches unterlassen, um „den Feind nicht zu reizen". Das hat sich immer bitter gerächt. Nur Stahl schlägt Funken. Dr. Pr.

Zur Ruhrbesetzung.

Am 16. Januar um die Mittagszeit ist auf dem Dortmunder Hauptbahnhof der erste Transportzug mit französischen Truppen entladen worden und damit die Besetzung des Ruhrbezirks auch auf Dortmund ausgedehnt worden.

Poincaré hat den französischen Pressevertretern erklärt, die Besetzung Dortmunds habe sich als notwendig erwiesen, weil die Dortmunder Kraftzentrale das Industriegebiet mit elektrischem Strom versorge. Ferner sei Dortmund der Ausgangspunkt des Eisenbahnnetzes im Ruhrgebiet.

Auf das Telegramm des Reichskohlenkommissars hin haben sämtliche Zechen sofort die Kohlenlieferungen an Frankreich und Belgien einstellen lassen. Bei den Besprechungen zwischen den französischen Bevollmächtigten und den Vertretern der Zechenverbände wurden die anwesenden deutschen Vertreter gefragt, ob sie für die von ihnen vertretenen Zechen verantwortlich seien. Als sie diese Frage bejahten, wurde einem jeden gegen Quittung ein schriftlicher militärischer Befehl zugestellt, die Lieferung von Reparationskohle an Frankreich und Belgien sofort wiederaufzunehmen. Im Namen der deutschen Vertreter erklärte Fritz Thyssen, daß diesem Befehle keine Folge gegeben werden würde. „Wir sind Deutsche," sagte Thyssen, „und stehen auf dem Standpunkt, daß wir nur deutschen Gesetzen unterworfen sind."

Auf Grund dieser deutschen Erklärung beabsichtigen die Franzosen zu weiteren Gewaltmaßnahmen zu schreiten. In der letzten Pariser Ministerkonferenz wurde beschlossen, wenn die Bergwerksbesitzer im Ruhrgebiet ihre Haltung nicht veränderten, die Kohlen- und Koksmengen, die für die Reparationen erforderlich seien, durch Requisitionen zu verschaffen.

Das erste Todesopfer hat der französische Wahnsinn in Bochum gefordert. Dort zog eine vieltausendköpfige Menge vor das Rathaus. Dann veranstaltete die Menge einen Umzug durch die Straßen der Stadt. Als ein Demonstrationszug in die Nähe der französischen Posten bei dem Eisenbahndirektionsgebäude kam, feuerte die Wache mehrere blinde Schüsse ab, worauf die Menge in die Nebenstraßen flüchtete. In diesem Augenblick fielen seitens der Franzosen völlig grundlos scharfe Schüsse, durch die ein junger Mann tödlich in den Rücken getroffen und ein anderer sowie eine Frau verwundet wurden.

*

Vormarsch und Widerstand.

Requisitionsbefehle — Generalstreik?

Die französischen Truppenbewegungen sind bis über Dortmund hinaus bis Hörde fortgesetzt worden. Es scheint nun ein kurzer Stillstand in den Bewegungen einzutreten. Man will erst dann zu weiteren „Sanktionen" schreiten, falls Deutschland nicht mit den Kohlenlieferungen beginnt. Die Anforderungen neuer Transportzüge bei der Eisenbahndirektion Essen lassen darauf schließen, daß

Vorbereitungen größeren Stils

seitens der Franzosen getroffen werden, um weitere Besetzungen vorzunehmen, wahrscheinlich in der Richtung Münster. Sechs Zechenbesitzer aus dem Bezirk Essen haben die Requisitionsorder erhalten, und zwar jeder einzeln. Die Grubendirektoren würden einzeln für die Lieferungen haftbar gemacht, d. h. es werde ihnen mit dem Prozeß vor dem Militärgericht gedroht. Demgegenüber erklärte der Vertreter von Krupp, Thomas:

„Wir sind bereit, vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden, auch unsere Verurteilung erwarten wir, Gefängnisstrafe werden wir ertragen, alles — alles. Doch werden wir bestimmt keine Kohle liefern."

In Essen versuchte eine Kommission, bestehend aus französischen Offizieren, die Zeche Sälzer-Neuack im Norden von Essen zu besichtigen. Der Betriebsrat erklärte hierauf, daß die Arbeiter sofort die Arbeit niederlegen würden, sie wollten nicht unter Bajonetten arbeiten. Die französischen Offiziere verließen hierauf die Zeche. Der Vorsitzende des Alten Bergarbeiterverbandes in Bochum ist nach Amsterdam abgereist zu einer Sitzung der internationalen Gewerkschaftskommission, in der Protestmaßnahmen gegen die Besetzung des Ruhrgebietes beraten werden sollen. Es wird unter anderem die

Proklamation eines internationalen Generalstreiks

erwogen. — Die Lasten der Besatzung machen sich im ganzen Ruhrgebiet schon sehr empfindlich bemerkbar. Die Wohnungsnot ist durch die Beschlagnahme zahlreicher Räume katastrophal. Der Schulunterricht mußte teilweise eingestellt werden, weil zahlreiche Schulen von den Besatzungstruppen belegt sind. Vor allen Dingen ist aber eine kolossale Verteuerung der Lebenshaltung erfolgt. Inzwischen hat Frankreich verschiedenen deutschen Ländern, darunter auch Baden, bessere Kohlenlieferungen in Aussicht gestellt. Baden hat aber diese einseitige Bevorzugung ausgeschlagen, da sie den anderen Bundesstaaten zum Nachteil gereichen würde.

Die nächsten Maßnahmen

werden in einem Havasbericht wie folgt dargestellt: Infolge der festgestellten „Verfehlungen" Deutschlands bei den Kohlenlieferungen hätten sich die französische und die belgische Regierung entschlossen, sofort auf Rechnung der Verbündeten die Kohlensteuer in den besetzten Gebieten zu erheben. Italien werde sich dieser Maßnahme anschließen. Weitere Gewaltmaßnahmen wären Gegenstand von Beratungen. Es käme die Kontrolle der Domanialwälder in Betracht. Diese werde vorbereitet. Ferner werde die Errichtung einer Zollinie im Rheinlande und um das Ruhrgebiet geprüft. Inzwischen haben aber die Franzosen die

Kontrolle der Kohlenzüge wieder aufgehoben,

da sie sich anscheinend von der Zwecklosigkeit dieser Maßnahme überzeugt haben. Die Wagenanforderung hielt sich in normalen Grenzen. Es sind ungefähr 20 000 Waggons Kohlen von den Gruben abgeführt worden, die teilweise den verschiedenen industriellen Werken im Ruhrgebiet zugeführt worden sind, teilweise in das unbesetzte Deutschland ausgeführt wurden. Reparationskohlen wurden dagegen nicht versandt. Für den Umfang des bisherigen militärischen Aufgebots der Franzosen ist bezeichnend, daß der kommandierende General in Bredeney den deutschen Behörden die bevorstehende Ankunft eines Armeekorpskommandos angekündigt hat.

*

Das Ausland und die Ruhrbesetzung.

Kohlenkredit für Stinnes.

In London steht man nach der bisherigen Zurückhaltung nun doch den Vorgängen in Deutschland weniger interesselos gegenüber. Zunächst ist es Herrn Stinnes gelungen, von einer Gruppe Londoner Banken einen Kredit von 2 Millionen Pfund Sterling zu erhalten zum Ankauf von 1½ Millionen Tonnen Kohlen. Die Firma Hugo Stinnes hat übrigens ihre bisherige Zweigniederlassung in Hamburg zum Hauptsitz der Gesellschaft bestimmt, der bisher in Mülheim-Ruhr war. Weiter erklärt man in Londoner amtlichen Kreisen, daß der Vormarsch der Franzosen

zur Katastrophe führe.

Die britische Regierung sei noch nicht bereit, eine endgültige Aktion zu unternehmen, aber die Ansicht gewinne ständig an Boden, daß eine solche Aktion nicht mehr lange verschoben werden könne, wenn nicht eine durchgreifende Änderung in der Gesamtlage eintrete. Bonar Law befasse sich fast ununterbrochen mit der Lage. Es werde ernstlich bezweifelt, ob Frankreich eine erniedrigende Niederlage seiner Politik vermeiden könne. In einer Reutermeldung aus Washington heißt es, auch dort sei man der Ansicht, daß die Besetzung des Ruhrreviers wahrscheinlich eher eine nachteilige als eine günstige Wirkung auf die Reparationszahlungen ausüben werde.

Ein Vermittlungsversuch Mussolinis.

Mussolinis Andeutungen im Ministerrat, die Möglichkeit von Verhandlungen sei gegeben und die italienische Regierung in diesem Sinne tätig, werden dahin verstanden, daß Mussolini den Versuch machen will, wenigstens eine inoffizielle Aussprache mit Deutschland herbeizuführen. Versuche, die durch den Botschafter in Berlin, Bosdari, eingeleitet worden sind, haben allerdings bisher ein Ergebnis nicht gehabt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Deutsch-spanisches Handelsabkommen.

Nach vielen Schwierigkeiten ist in Madrid ein vom 14. Januar d. Js. bis zum 28. Februar d. Js. einschließlich gültiges provisorisches Handelsabkommen zwischen der deutschen und der spanischen Regierung abgeschlossen worden. Durch dieses Abkommen wird deutschen Waren wie bisher die Anwendung des Verzugszolles der Kolonne 2 des spanischen Zolltarifs, allerdings unter Erhebung des sogenannten Valutazuschlages, gesichert. Es ist beabsichtigt, mit möglichster Beschleunigung mit Spanien neue Verhandlungen einzuleiten, um innerhalb der durch das Provisorium geschaffenen Frist einen endgültigen Handelsvertrag abzuschließen.

Beratung des Schankstättengesetzes.

Das Reichskabinett hat das Schankstättengesetz beschleunigt beraten. Es wendet sich gegen Alkoholmißbrauch und Schlemmerei und knüpft die Erteilung von Konzessionen an erheblich schärfere Bedingungen. Ferner läßt das Gesetz zu, daß auch bereits erteilte Konzessionen zurückgezogen werden können. Schließlich verbietet das Gesetz den Alkoholausschank an Jugendliche unter 16 Jahren und den Branntweinausschank an Jugendliche unter 18 Jahren.

Besoldungs- und Teuerungsbeschlüsse des Reichsrats.

Der Reichsrat beschloß einstimmig, gegen die Reichstagsbeschlüsse über die Erhöhung der Beamtenbesoldung keinen Widerspruch zu erheben. Dasselbe geschah mit der Verordnung über die Erhöhung der Teuerungszuschüsse und der Einkommensgrenzen im Gesetz über Teuerungsmaßnahmen für Militärrentner. Die Regierungsverordnung ist vom Reichstagsausschuß in mehreren wesentlichen Punkten zugunsten der Schwerbeschädigten, der Witwen und Waisen erheblich geändert worden, ebenso ist der Prozentsatz der Nachzahlungen auf 25 % erhöht worden. Der Reichsrat stimmte zu.

Großbritannien.

× Der Bürgerkrieg in Irland hat sich neuerdings verschärft. Die Unruhen in Dublin und in der Nachbarschaft

Drittel der Umlage. Das erste Drittel der Umlage wurde mit 28 000 Mark pro Tonne bezahlt. Die Abgabepreise der Reichsgetreidestelle, wie sie vom 4. Dezember 1922 ab galten, hätten infolge der Geldentwertung nicht mehr beibehalten werden können.

Lokales und Provinzielles.

Halver, 19. Januar 1923.

☐ **Billige Erfrischungen in Bahnhofswirtschaften.** Der Reichsverkehrsminister hat in einer neuen Anordnung auf die Pflicht der Bahnhofswirte hingewiesen, billige Erfrischungen feilzuhalten. Auf die wirtschaftliche Notlage des Mittelstandes sei unbedingt Rücksicht zu nehmen, und die Bahnhofswirte seien verpflichtet, Malz- oder Kornkaffee und Gemüseplatten zu führen, deren Preise dem reisenden Mittelstand erschwinglich seien. Der Reichsverkehrsminister macht den Reichsbahndirektionen ausdrücklich zur Pflicht, diese Anordnung dauernd und gewissenhaft zu überwachen.

☐ Gegen den Mißbrauch von Schülerferienkarten. In letzter Zeit sind häufig Mißbräuche mit Schülerferienkarten festgestellt worden; so wurde besonders die Bestimmung, nach der diese Ferienkarten nur zwischen dem Schul- oder Universitätsort und dem Wohnort der Eltern benutzt werden dürfen, mißachtet oder umgangen; die Vergünstigung wurde auch zum Besuch von Bekannten und Verwandten in Anspruch genommen. Da die Hochschulen in den Anträgen der Studierenden den Wohnort der Eltern bescheinigen müssen, hat der Reichsverkehrsminister die Hochschulen in einer besonderen Verfügung ersucht, diese Bescheinigungen nur nach sorgfältiger Prüfung der Angaben auszustellen. Eine durchgreifende Bekämpfung des Mißbrauchs ist für die Studierenden selbst von größter Bedeutung, weil sonst die Ausgabe von Schülerferienkarten eingeschränkt werden müßte.

—* Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Auslands- Paket-, Zeitungs-, Telegramm- und Fernsprechverkehr ist mit Wirkung vom 15. Januar an auf 2200 Mk. festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch bei der Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Kästchen mit Wertangabe nach dem Ausland anzuwenden. Nähere Auskünfte erteilen die Post- und Telegraphenanstalten.

—* **Die Preußische Kohlenwirtschaftsstelle Hagen** teilt mit, daß nach der allgemeinen Lage alle Brennstoffverbraucher, namentlich die öffentlichen Werke, ihren Brennstoffverbrauch auf das möglichste Maß einzuschränken haben. Wegen Belieferung aus dem Ruhrgebiet haben sich die Verbraucher auch weiterhin an ihre bisherigen Lieferer zu wenden evtl. an die Kohlenhandelsgesellschaften.

—* **An unsere Frauen und Mädchen.** Die Gefahr der Besetzung durch die Franzosen ist Anlaß, einen Appell an unsere Frauen und Mädchen zu richten, in der Zeit größter vaterländischer und vaterstädtischer Not die deutsche Frauenwürde hoch zu halten. Es gilt, den fremden Gewalthabern zu zeigen, daß die alten Westfalentugenden der Heimatliebe und Treue, der Frauenwürde und Reinheit, der Zurückhaltung und Einfachheit noch lebendig sind. Es ist eine Schande in dieser schwersten Zeit, durch auffallende Kleidung und Putz die Tage vaterländischer Trauer zu entweihen. Mütter und Erzieher müssen sich ihrer Verantwortung bewußt sein, die Jugend in deutscher Zucht und Sitte zu erhalten. Wir sind von der Hoffnung getragen, daß alle Frauen und Mädchen ihre Würde nicht vergessen, damit die Tage äußerer Erniedrigung westfälischer Frauenehre zum Ruhme werden.

—* **Gemeinderatswahlen im Mai?** Dem preußischen Landtag sind jetzt Entwürfe für eine preußische Städteordnung und Landgemeindeordnung vom Ministerpräsidenten und dem Minister des Innern unterbreitet worden. An die Ueberreichung ist das Ersuchen geknüpft, die Gesetzentwürfe mit tunlichster Beschleunigung zur Beschlußfassung bringen zu wollen. Demgemäß beabsichtigt der Minister des Innern Severing, die Entwürfe bereits in einer demnächstigen Sitzung zu begründen, um zu erreichen, daß die Gesetze bis 1. April in Kraft treten können. Die Neuwahlen der Vertreterversammlungen sollen dann im Mai vorgenommen werden.

—* **Aerzte und Krankenkassen.** Im Reichsarbeitsministerium tagte der Indexausschuß; den das Abkommen zwischen Aerzten und Krankenkassen vom 1. März 1922 vorgesehen hat. Es sollte der Teuerungsaufschlag zu dem kassenärztlichen Honorar im Reiche für den Monat Dezember 1922 festgesetzt werden. Es wurde beschlossen, für Dezember 1922 den Kassenärzten einen Teuerungszuschlag von 150 Prozent zu dem seinerzeit in der Gebührenordnung festgesetzten Mindestsatze von 100 Mark zu bewilligen, d. h. also eine Beratungsgebühr von 250 Mark. Diese Entscheidung wurde einstimmig angenommen, mit Enthaltung der beiden Stimmmen der Krankenkassenvertreter.

= **Halver,** 18. Jan. Die amtliche Gewinnliste der 1. Klasse der 21. Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie kann in unserer Geschäftsstelle eingesehen werden.

= **Halver,** 18. Jan. Die nächste Mütterberatungsstunde ist am Freitag, den 26. Jan. von 1–2½ Uhr.

= **Halver,** 19. Jan. Silberne Hochzeit. Die Eheleute Landwirt Wilhelm Pulvermacher und Frau Julia geb. Dörscheln, zu Bommert, in hiesiger Gemeinde feierten am gestrigen Tage, den 18. Januar, ihre silberne Hochzeit feiern.

+ **Halver,** 19. Jan. **Deutsche Notgemeinschaft.** In unermeßliche wächst die Not in deutschen Landen. Vermögen und Renten, Geld, Gehalt und Lohn verlieren täglich an Wert. Eine schwere Zeit steht uns bevor. Eine Teuerungswelle von nie geahntem Ausmaß flutet verheerend das gesamte Deutschland, und alles ist unsäglich schwer unter der allgemeinen Not. Aber leiden darunter sogar die in Lohn und Brot stehenden. Ungleich schwerer aber lastet die Not auf den stehenden deutscher Volksgenossen, namentlich den Alten, Invaliden, Witwen usw., die ehedem fleißig und redlich gearbeitet haben, und heute ein Opfer ihrer Arbeitsunfähigkeit, nicht wissen, wie sie ein Dasein bestreiten sollen, das kaum noch als Leben anzusprechen ist. Den Bedürftigsten unter ihnen zu helfen ist ein Gebot der Nächstenliebe. Deutsche Not soll deutschen Gemeinschaftssinn wecken, und in der „Deutschen Notgemeinschaft" soll er sich wirksam betätigen. Landwirtschaft, Industrie Handel und Gewerbe, Arbeitgeber und Arbeitnehmer mögen sich daher in Einmütigkeit zusammentun, um das Hilfswerk zu fördern. — Aus diesem Anlaß hatte die hiesige Verwaltung für Dienstag abend die Vorsitzenden der hier bestehenden Vereinigungen und Verbände in den Sitzungssaal des Amtshauses geladen. Erschienen waren: 1 Vertreter des Arbeitgeberverbandes, 2 Vertreter der Landwirtschaft, 1 Vertreter des christlichen Arbeitnehmer-Verbandes, 2 Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes, 1 Vertreter des Kleingewerbes, 1 Vertreter der Beamten und 1 Vertreter der Angestellten, der Gemeindevorsteher Fernholz und der Amtsbeigeordnete Beucker, letzterer leitete die Verhandlungen. Nachdem Herr Beucker den Zweck der heutigen Zusammenkunft und die Not der Alten, Invaliden und Waisen eingehend beleuchtet, und wie in allen Städten und Gemeinden sich die Bürgerschaft zu deutschen Notgemeinschaften zusammengefunden hätten, um die größte Not der Alten zu lindern, empfahl er auch für unsere Gemeiude die Bildung einer Notgemeinschaft, um den Armen und Bedrängten helfend beistehen zu können. Der Staat und die Gemeinden hätten bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit Mittel bereit gestellt, um die Not zu lindern, aber diese Mittel reichten nicht aus und da müßte die gesamte schaffende Bürgerschaft aufgerufen werden zur Mithilfe an diesem sozialen Werk. Grundsätzlich stimmten die anwesenden Vertreter der einzelnen Korporationen dem Gedanken zur Bildung einer „Deutschen Notgemeinschaft" zu, eine endgültige Zusage könnten sie allerdings erst nach Besprechung mit ihren Vereinigungen und Verbänden geben. Von seiten der Arbeitervertreter wurde eine bindende Erklärung abgegeben und vorgeschlagen, jeder Arbeitnehmer möge eine Arbeitsstunde für diesen Zweck zeichnen und die Arbeitgeber den gleichen Betrag ihrer Arbeiterschaft gegenzeichnen. Nach kurzer Aussprache einigte man sich dahin, die Aufbringung der Gelder durch Sammellisten vorzunehmen. Die Listen sollen den einzelnen Vorständen der Vereinigungen und Verbände übergeben werden, und die dann ihrerseits die Sammlungen einleiten sollen. Der Landwirtschaft wurde empfohlen, möglichst Naturalien zu sammeln, da damit den Notleidenden am besten gedient sei und den materiellen Wert bedeutend übersteigen werden. Die anwesenden Vertreter erklärten sich bereit bis zum 25. Januar ds. Js. eine bindende Erklärung der Beteiligung abzugeben und gleichzeitig ein Mitglied für den Verteilungsausschuß namhaft zu machen. Wir schließen unsern Bericht mit der Bitte, möge ein Jeder, wenn demnächst bei ihm angeklopft wird, reichlich geben, damit den Alten, Invaliden, Witwen und Waisen in ihrer größten Not helfend beigesteuert werden kann.

):(**Schwenke,** 18. Jan. Ueber die für den 7. Januar einberufene Gründungsversammlung der Sterbekasse-Nachbarschaft Schwenke und Umgegend (Wohlfahrtskasse) erfahren wir folgendes: Die geplante Gründung ist unter reger und einiger Beteiligung aller Berufsstände zustande gekommen. Der Sitz ist in Ennepe. Insbesondere dürfte die rege Beteiligung und vor allen Dingen die weitgehendste übernommene Verpflichtung der Landwirtschaft von Schwenke und Umgegend betr. den kostenlosen Leichentransport anerkannt werden. Nach Auflösung des prov. Vorstandes setzt sich der endgültige Vorstand wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Max Hager, Ennepe, Stellvertreter Ewald Wiebusch, in der Bever, 1. Schriftführer Erich Grüber, Ennepe, Stellvertreter Paul Lausberg, Schür-Eichhofen, Rendant Walter Volkenrath, Schwenke, Stellvertreter Ernst Osenberg, in der Bever, als Beisitzer die Herren Hermann Escher, Stöcken, Albert Schmalenbach, Hohenplanken, Fritz Kattwinkel, Ennepe. Die Hauptziele und -zwecke bezw. die Leistungen der Kasse lassen sich wie folgt kurz zusammenfassen: Die Möglichkeit der Mitgliedschaft erstreckt sich auf die Gemeinde Halver. Auswärtige zahlen ein besonderes Eintrittsgeld. Die Altersgrenze bei der Aufnahme ist auf das 18. bezw. 45 Lebensjahr festgesetzt; jedoch ist den einheimischen Bürgern ohne Rücksicht auf das Alter noch eine 6monatige Karenzzeit zum Beitritt ohne Eintrittsgeld zugelassen. Nach Ablauf dieser Karenzzeit treten die Bedingungen der Altersgrenze und des Eintrittsgeldes in Kraft. Außer den Gründern, bei denen im Sterbefalle eine sofortige Zahlungsverpflichtung besteht, hat der Anspruch auf die Beihilfe erst nach 6monatiger Mitgliedschaft Gültigkeit. Sterbegeld wird nicht ausgezahlt. Die Beihilfe besteht in der Stellung des Einheitssarges, dessen Ausstattung von der Kasse für alle Fälle festgelegt ist, sowie in dem kostenlosen Leichentransport mittels landwirtschaftlichem Fuhrwerks, wozu sich die Landwirtschaft in anerkennenswerter Weise ehrenwörtlich verpflichtet hat. Die Kosten für den Totengräber, Küster und der Leichenschau gehen nicht zu Lasten der Kasse. Sodann fällt fort Leichenessen, Verabfolgung von Getränken, Kranzspenden, Handschuhe, Taschentücher usw. Diese letzten Punkte wurden als Aufnahmebedingungen und als für die Empfangsberechtigung der Beihilfe maßgebend festgelegt. Die Beiträge wurden wie folgt festgelegt: für volljährige männl. Mitglieder 350 Mk. pro Vierteljahr, für weibliche Mitglieder die Hälfte, für Kinder von 14–18 Jahren ein Viertel 90 Mk. Kinder unter 14 Jahren sind beitragsfrei. Als Auflagetage wurde jeweilig der zweite Sonntag im neuen Kalendervierteljahr bestimmt. In der am Mittwoch, den 10. Januar, stattgefundenen Vorstandssitzung wurde ein größerer Holzkauf beschlossen, der bereits getätigt ist.

× **Schalksmühle,** 18. Jan. Am Dienstag, den 23. Jan. von 3–4 Uhr findet hierselbst die nächste Mütterberatungsstunde statt.

Lüdenscheid, 18. Jan. Das seltene Fest der diamantenen Hochzeit begehen am Samstag, den 20. Jan., die Eheleute Superintendent Niederstein und Frau, jetzt in Bochum, Goethestr. 8, wohnhaft. Sicher werden dem Jubelpaare auch hier noch zahlreiche dankbare Herzen schlagen, die sich seiner fast 50jährigen gesegneten Tätigkeit in Gemeinde und Vereinen gerne erinnern.

Meinerzhagen, 17. Jan. Auf dem Standesamt in Meinerzhagen sind im Jahre 1922 beurkundet worden: 50 Geburtsfälle, (69), 52 Eheschließungen (41) und 43 Sterbefälle (46). Die Zahlen in Klammern bedeuten die des Vorjahres.

Breckerfeld, 16. Jan. Die Einführung des neugewählten Pfarrers Millard soll, wie in der letzten Sitzung des Presbyteriums beschlossen wurde, am 4. Februar stattfinden, wenn bis dahin die Bestätigung erfolgt ist. Die Einführung geschieht durch den Superintendenten Leupen-Hagen. Beide Pfarrstellen werden gehaltlich gleichgestellt. Die verstorbenen Geschwister Schöller haben der Kirchengemeinde ein Legat von 30 000 Mk. vermacht, das mit Dank angenommen wurde. Den beiden Pfarrern wurden eine jährliche Dienstaufwandsentschädigung von je 15 000 Mk. bewilligt.

Dortmund, 16. Jan. Mit dem gestrigen Tage wurde die Dortmunder Polizei verstaatlicht. Als Leiter wurde Polizeipräsident Brandt bestellt.

Der westfälische Arbeitsmarkt.

Geringe Nachfrage—Beunruhigung der Wirtschaft

Münster, 15. Jan. Nach dem Bericht des Landesarbeitsamtes in Westfalen und Lippe hat sich der Arbeitsmarkt in der Berichtswoche weiterhin verschlechtert. Die Lage wird besonders dadurch gekennzeichnet, daß während der letzten Wochen vorwiegend nur auf die kritische Lage von Teilarbeitsmärkten, insbesondere für Textil, Tabak, Bauarbeiter, sowie für Angehörige freier Berufe hingewiesen zu werden brauchte; nunmehr hat das Sinken des Beschäftigungsgrades unverkennbar auch auf die Metallindustrie übergegriffen, wie überhaupt von einer drohenden allgemeinen Arbeitsmarktkrise gesprochen werden muß. Die Gründe sind sicher wirtschaftlicher Natur. Rückwirkungen der französisch-belgischen Besetzungsaktion konnten natürlich noch nicht festgestellt werden, sind aber mit Rücksicht auf die außerordentlich schweren Eingriffe bestimmt zu erwarten.

In der Landwirtschaft ist eine allmähliche Steigerung in der Nachfrage nach gelernten Kräften, Mädchen und Jungen, zu verzeichnen. Im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau ist nach wie vor für ungelernte Bergarbeiter wenig Aufnahmefähigkeit vorhanden. Der geringe Bedarf an diesen Kräften wurde größtenteils örtlich gedeckt und nur in ganz geringem Umfang konnte zwischenbezirklicher Vermittlungsverkehr betrieben werden. Dagegen bleibt der Bedarf an gelernten Bergarbeitern nach wie vor unbefriedigt und wurde durch die auf einzelnen Schachtanlagen noch anhaltende Abkehr von Hauern nichtdeutscher Nationalität verstärkt. In der Metallindustrie hat die Vermittlungstätigkeit allenthalben nachgelassen. Mit zunehmender Verschlechterung der Arbeitslage in fast allen Bezirken veringert sich die Zahl der offenen Stellen, insbesondere für ungelernte Arbeitskräfte. Größtenteils werden nur noch Facharbeiter gesucht. In der Textilindustrie wird mit weiteren Betriebseinschränkungen infolge Rohstoff- und Auftragsmangels gerechnet.

Kleine Nachrichten.

Essen, 18 Januar. Von französischer Seite wird mitgeteilt: Heute nacht wird als weitere Zwangsmaßnahme die Beschlagnahme aller leeren Kohlenwaggons, sowie der Schleppkähne auf dem Rhein- und dem Rhein-Herne-Kanal stattfinden. Es verlautet weiter, daß heute vormittag die Beschlagnahme aller Bergwerke und die Einführung einer Kontrolle über sie erfolgen soll.

Für die Angestellten des besetzten Ruhrbezirks.

DA Berlin. Von den Maßnahmen der französischen und belgischen Besatzungsbehörden werden besonders die Angestellten in leitender Stellung im Berg- und Hüttenbetrieb, sowie im Verkehrswesen und bei den Gütewerteilungsorganisationen betroffen. Die Vereinigung der leitenden Angestellten, Vela, Berlin, hat einen Solidaritätsfonds zugunsten derjenigen Angestellten in leitender Stellung im Ruhrbezirk eingerichtet, die infolge ihres Eintretens für die deutschen Interessen durch die Maßnahmen der Besatzungsbehörden ihre Stellung verlieren könnten.

Die deutschen Gesandten im Osten.

DA Berlin. Der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Rauscher, reist wieder nach Warschau zurück. Er hat sowohl dem Außenminister Dr. v. Rosenberg als auch dem Staatssekretär Frhrn. v. Maltzan Vortrag gehalten. In Polen herrscht begreiflicherweise auch eine gewisse Erregung, doch sind alle Gerüchte über polnische Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland falsch. — Graf v. Brockdorff-Rantzau, bisher Botschafter in außerordentlicher Mission, ist zum außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter in Moskau ernannt worden. Auch er reist in den nächsten Tagen auf seinen Posten zurück.

Herabsetzung der Polizeistunde.

Berlin. Die Reichsregierung wird wahrscheinlich bestimmte Maßnahmen im Innern treffen. An diesen Besprechungen werden auch Mitglieder der preußischen Regierung teilnehmen. Es ist erwogen, die Polizeistunde erheblich herabzusetzen, und zwar wird diese voraussichtlich auf 11 Uhr festgesetzt werden. Ebenfalls dürfte ein Verbot aller öffentlichen Tanzlustbarkeiten erfolgen. Diese Maßnahmen werden wahrscheinlich schon in allernächster Zeit in Kraft treten.

Die Gewerkschaften beim Reichsernährungsminister.

Berlin. Im Reichsernährungsministerium haben Besprechungen zwischen dem Minister und den Gewerkschaftsführern aller Richtungen begonnen, in denen die augenblickliche Lage erörtert werden soll. Seitens der freien Gewerkschaften wird dem Minister eine Reihe von Forderungen bezüglich einer Sicherstellung der Brotversorgung, Einschränkung der Einfuhr von Luxuswaren usw. überreicht werden.

Die Kontrollkommission abgewiesen.

Stettin. Die Stettiner Interalliierte Kommission hatte eine neue Besichtigung des Hauptversorgungsamtes und des Versorgungsamtes Stettin angesetzt. Auf die Benachrichtigung davon hat der Direktor des Hauptversorgungsamtes geantwortet, daß durch die Gewaltmaßnahmen der Franzosen im Westen das Diktat von Versailles beiseitegeschoben worden ist, und daher für ihn auch die Grundlage für die Tätigkeit der Interalliierten Kommission entfalle. Er könne daher zurzeit die beabsichtigte Besichtigung nicht gestatten.

Die Versprechungen an die Ruhrbevölkerung.

Paris. Die ganze französische Politik geht darauf aus, die Arbeiter im Ruhrgebiet durch Versprechungen auf die Seite Frankreichs zu ziehen. General Denvegnis hat mit den Arbeitervertretern, die er nach Düsseldorf eingeladen hat, ganz anders verhandelt als mit den deutschen Unternehmern. Er sagte ihnen, nach dem Willen des Generals Degoutte solle die Arbeiterbevölkerung nicht leiden. Sie werde gut bezahlt und verpflegt werden, wenn sie bei der Kohlenförderung weiter helfen werde.

Präsident Harding verbietet die Waffenausfuhr.

DA Newyork. Der Versuch der jugoslawischen Regierung, vom Kriegsdepartement der Vereinigten Staaten eine halbe Million Gewehre zu kaufen, ist vom Präsidenten Harding vereitelt worden. Präsident Harding soll erklärt haben, daß während seiner Präsidentschaftszeit kein Kriegsmaterial von Amerika verkauft werden soll, und zwar weder an fremde Regierungen, noch an irgendwelche Geschäftsleute in den Vereinigten Staaten.

Vermischtes.

▲ **Friedrich von Esmarchs 100. Geburtstag.** Die medizinische Wissenschaft feiert am 9. Januar den 100. Geburtstag des berühmten Chirurgen Johannes Friedrich August von Esmarch († 1908), dessen Verdienste namentlich um das Sanitätswesen im Heere und die Entwicklung der Kriegschirurgie von größter Bedeutung sind. Seit 1857 Professor in Kiel, wurde Esmarch 1870 zum Generalarzt und beratenden Chirurgen der preußischen Armee ernannt. Er erfand das als „künstliche Blutleere" bekannte Verfahren, um Operationen an Gliedmaßen ohne Blutverlust auszuführen. 1872 wurde Esmarch, der seit 1887 mit der Prinzessin Henriette von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, einer Tante der verstorbenen Kaiserin Auguste Viktoria, vermählt war, in den Adelsstand erhoben.

▲ **Das Flugzeug am arktischen Himmel.** Von Roald Amundsen, dem norwegischen Forscher, der in diesem Jahre den wegen der schlechten Witterungsverhältnisse im Jahre 1922 unterbliebenen Flug über den Nordpol auszuführen gedenkt, sind vor kurzem in London Nachrichten eingetroffen, die eine anschauliche Schilderung des Eindrucks, den das nie gesehene Flugzeug auf die Eskimos machte, enthalten. „Am 4. Juli," so berichtet Amundsen, „brachen wir nach Kap Nastenberg im Kotzebue-Sund (Alaska) auf. Der erste Platz, den wir erreichten, war Deering, wo wir am 5. Juli ankamen. Während unseres dortigen Aufenthaltes gaben meine Leutnants Omdal und Dakl Befehl, unseren kleinen „Curtis Oriel" (das Flugzeug der Expedition) zum Aufstieg fertigzumachen, denn wir wollten eine Erkundungsfahrt zur Feststellung der Eisverhältnisse antreten. Die Bevölkerung brach in laute Jubelrufe aus, als Leutnant Omdal den Eingeborenen erklärte, daß ihr weißer Bruder jetzt erfolgreich mit den Vögeln des Himmels in Wettbewerb treten werde. Es war drollig, die Wirkung dieser Worte auf die Eingeborenen zu beobachten. Ungläubig, wie sie waren, lachten sie nur und schüttelten den Kopf. Nein, nein, so dumm wären sie doch nicht, um sich solchen Unsinn vormachen zu lassen. Dann aber wurde das Ungeheuerliche Ereignis, und der weiße Bruder schwebte hoch über ihren Köpfen in der Luft."

▲ **Rettung der Weltwirtschaft durch das Zeitungsinserat.** In London ist einer der ersten Spezialisten des amerikanischen Inseratenwesens, F. A. Wilson-Lawrenson, eingetroffen, um Vorbereitungen für einen internationalen Kongreß der Inseratenfachleute zu treffen. Er erklärte, daß der Welthandel nur dann wieder in Gang gebracht werden könne, wenn der Warenaustausch durch eine großzügige Organisierung des Zeitungsinseratenwesens gefördert würde. Zu diesem Zweck sollen Vertreter aller Länder im kommenden Frühjahr zu einem Kongreß in London zusammentreten, um ihre Erfahrungen auf dem Gebiete des Inseratenwesens auszutauschen. Mr. Wilson Lawrenson teilte mit, daß an dem Kongreß nicht nur Inseratenfachleute, sondern auch Bankiers und Handelsleute teilnehmen würden, und daß alle Völker mit Ausnahme Rußlands und der Balkanstaaten vertreten sein würden. Er gab besonders der Hoffnung Ausdruck, daß auch deutsche Fachleute dem Kongreß beiwohnen würden.

Arbeiter und Angestellte.

Halle. (Metallarbeiterstreik in Mitteldeutschland.) Die Urabstimmung in den verschiedenen Werken der Metallindustrie ergab mit großer Mehrheit den Beschluß, in den Streik einzutreten. Dieser soll Halle, Eilenburg, Merseburg, Weißenfels und die umliegenden Bezirke umfassen.

Börse und Handel.

Was kosten fremde Werte?

Börsenplätze		17. 1. gesucht	17. 1. angeb.	16. 1. gesucht	16. 1. angeb.	Stand 1. 8. 14
Holland	1 Gulden	7221,90	7258,10	6433,87	6466,13	1,70 M.
Dänemark	1 Krone	3881,02	3898,98	3167,06	3182,94	1,12 „
Schweden	1 Krone	4887,75	4912,25	4389,—	4411,—	1,12 „
Norwegen	1 Krone	8351,60	8368,40	2892,75	2907,25	1,12 „
Schweiz	1 Frank	3421,42	3438,58	3117,18	3132,82	0,80 „
Amerika	1 Dollar	18154,50	18245,50	16608,37	16991,63	4,20 „
England	1 Pfund	84787,50	85212,50	75811,25	76188,75	20,40 „
Frankreich	1 Frank	1226,91	1243,09	1107,22	1112,78	0,80 „
Belgien	1 Frank	1122,18	1127,82	1014,97	1020,03	0,80 „
Italien	1 Lira	882,78	887,22	798,—	802,—	0,80 „
Dt.-Österr.	100 Kron.	2[illegible],18	24,32	22,94	23,06	85,00 „
Ungarn	1 Krone	6,63	6,67	6,38	6,42	0,85 „
Tschechien	1 Krone	507,72	510,28	458,85	461,15	

Stand der Polenmark am 17. Januar 51 Pf.

* **Produktenmarkt.** Berlin, 17. 1. Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Börse pro 50 Kilogramm ab Station: Weizen, märkischer 30 000—32 000, pommerscher 29 000 bis 31 000. Wild erregt. Roggen, märkischer 26 200—26 700. Steigend. Sommergerste, märkische 22 000—23 000, schlesische 21 000—22 000. Sehr fest. Hafer, märkischer 22 000—23 000, pommerscher 20 000—21 500, schlesischer 20 000—21 500. Steigend. Mais, Waggon frei Hamburg 27 000—28 000. Sehr fest. Weizenmehl pro 100 Kilogramm 75 000—85 000, feinste Marken über Notiz bezahlt. Steigend. Roggenmehl pro 100 Kilogramm 67 000—75 000. Steigend. Weizenkleie 13 500—14 000 Roggenkleie 14 000—14 500. Fest. Raps 40 000—42 000. Fest. Erbsen, Viktoria 48 000—51 000, kleine Speiseerbsen 45 000—47 000, Lupinen, blaue 20 000—21 000, Seradella 46 000—50 000, Rapskuchen 18 500—19 000, Trockenschnitzel 9200—9400, Torfmelasse 30-70 6800—7000, Kartoffelflocken 13 500—14 500 M.

Rauhfutter. (Nichtamtlich.) Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab Station: Drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh, desgl. Haferstroh 8400—8600, bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 8000—8100, gebündeltes Roggenlangstroh 8200 bis 8300, loses und gebündeltes Krummstroh 7400—7600, Häcksel 9600—9800, handelsübliches Heu 7800—8000, gutes Heu 8400—8800 M.

* **Deutsch-polnische Kohlenverhandlungen.** Wie man aus guter Quelle erfährt, sind zurzeit zwischen dem Kohlengroßhandel und polnischen Gruben in Oberschlesien Verhandlungen im Gange, um eine Kohlenmenge von 500 000 Tonnen Steinkohlen, die in Ostoberschlesien lagern, nach Deutschland zu schaffen.

* **Berliner Viehmarkt vom 17. 1.** Auftrieb: 1413 Rinder, 1300 Kälber, 1017 Schafe, 4721 Schweine, 56 Ziegen. Preise: Ochsen 45 000—60 000, Bullen 50 000—65 000, Kühe 33 000 bis 65 000, Kälber 60 000—115 000, Schafe 40 000—75 000, Schweine 110 000—150 000, Ziegen 45 000—50 000 Mark. Marktverlauf: In allen Gattungen glatt; Rinder und Kälber über Notiz.

* **Neue Schiffahrtslinie.** Der Norddeutsche Lloyd nimmt nunmehr auch den Dienst auf der früheren Linie nach Philadelphia und Baltimore auf. Als erstes Schiff dieser Linie wird am 7. März der neuerbaute Dampfer „Porta" (6500 Tonnen Tragfähigkeit) von Bremen abgefertigt. In drei Wochen Abstand werden die Dampfer „Eisenach" und „Hameln" folgen. Dann wird der Dienst regelmäßig auf Grund eines achtzehntägigen Fahrplanes durchgeführt. Die Dampfer „Porta" und „Eisenach" befördern auch eine Anzahl Kajütenreisende.

Vom Lebensmittelmarkt.

* **Lebensmittelpreise im Berliner Kleinhandel am 17. 1. pro Pfund in Mark:** Rindfleisch 950—1500, Kalbfleisch 980—1600, Hammelfleisch 1100—1600, Schweinefleisch 1400—1700, Meiereibutter 2800—3000, Margarine 1080—1500, Schmalz 2000—2500, Rindertalg, ausgel. 1400—1800, Pflanzenfett, lose 1200—1400, Kaffee, geröstet 3800—6000, Tee 3600—6300, Kakao 1400—2500, Zucker 280—410, Weizenmehl 280—320, Feldsalat 400, Rosenkohl 450, Spinat 250—300, Speisekartoffeln 13,80—14,50; Eier 135—150 M. das Stück.

* **582 Mark ein Kartenbrot in Berlin.** Das Ernährungsamt der Stadt Berlin teilt mit, daß vom Beginn der nächsten Woche ein Brot auf Karten 582 Mark kostet.

* **Einstweilen keine weitere Erhöhung des Zuckerpreises.** Die Interessenten haben lebhafte Versuche unternommen, für Zucker eine höhere Preisstellung zu erzielen. Das Reichsernährungsministerium hat diese Versuche für jetzt abgewiesen. Es hat sich dabei auch von dem Gedanken leiten lassen, daß gerade angesichts der großen Milchnot der Zucker ein erschwingliches Nahrungsmittel für die kinderreichen Familien bleiben muß. Zunächst bleibt also der Zuckerpreis bis zum 15. Februar auf jeden Fall so, wie er ist.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **10 Millionen Mark Geldstrafe.** Der Direktor A. Hahn von der Holländischen A.-G. für Piano- und Harmoniumbau, die in Weener (Ostfriesland) eine Zweigniederlassung unterhält, wurde von der Strafkammer in Aurich wegen Vergehens gegen die deutsche Außenhandelskontrolle zu 9 Monaten Gefängnis und 10 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Die Gesellschaft bezog aus Deutschland Spezialteile für ihre Fabrikation, bei deren Ausfuhr die Bestimmungen der Außenhandelskontrolle nicht vorschriftsmäßig innegehalten wurden.

§ **172 Todesurteile.** Der Prozeß gegen die aufständischen Inder, die im vorigen Februar die englische Station Chauri-Chaura in Brand gesteckt hatten, ist jetzt zu Ende gegangen. Von 228 Angeklagten wurden 172 zum Tode verurteilt.

§ **Spione vor dem Reichsgericht.** Das Reichsgericht verurteilte wegen Spionage an Polen den Ingenieur Fribel zu fünf Jahren und den Schlosser Niesolowski zu 1¼ Jahren Zuchthaus. Zwei Mitangeklagte, der Schauspieler Hintze und der Elektromonteur Schied, wurden freigesprochen.

Berlin, 18 Jan. An der heutigen Frühbörse notierte der Dollar 22 500.

Der Bezugspreis dieser Zeitung beträgt für den Monat Januar 450,— Mk. ohne Bestellgeld. — Im Falle von Betriebsstörungen, Streik, Aussperrung usw. können Bezieher und Inserenten keine Ersatzansprüche geltend machen.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Moderne
Damen- und Herren-Garderoben
kaufen Sie vorteilhaft auch auf
Teilzahlung
im
Bekleidungshaus „Westfalia".
Hagen i. W.,
Elbers-Ufer 10, 1968
Eingang Haidenstr.

Erhalte Samstag, den 20. ds Mts. eine Sendung

o'denb. Schweine
Wilh Faßbender,
Meinerzhagen.


Doppel-Pony oder leichtes Pferd
sofort zu kaufen gesucht
Angeb erbittet
Fr. Voß, Hagen i. W.,
Böhmerstr. 13a.

Preislisten, Kataloge
für
die Klein-eisenindustrie werden als Spezialität schnell u. preiswert angefertigt. Stelle hierzu aus meinem großen Vorrat Clichés kostenlos zur Verfügung.
Wilh. Bell jr., Halver i. W.

Taschenlampen, Birnen Batterien
empfiehlt
Wilhelm Bell jr.,
Halver.

Ihre Vermählung geben bekannt:
Erich Müller
Elfriede Müller
geb. Cramer
Oberbrügge — *Lüdenscheid*
Concordiastr. 146
19. Januar 1923.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen Verwandten, Nachbarn und Bekannten, sowie der Schuhmacherinnung, insbesondere Herrn Pastor D. Dresbach für seine trostreichen Worte am Grabe unseren innigsten Dank.
Wwe. Wilh. Berker
Otto Kleinjung u. Frau.

In letzter Zeit sind hier als gefunden abgegeben worden:
am 17. 11. 22. **ein Pelz** (anscheinend Kinderpelz),
am 29. 9. 22. **ein Damenhandtäschchen mit Inhalt,**
am 6. 10 22 **ein kleiner Geldbetrag**
Eigentumsansprüche sind hier im Amtshause, Zimmer Nr. 9 geltend zu machen.
Halver, 15. Januar 1923. **Der Amtmann**

Strompreise Januar 1923 für Kleinabnehmer.
Bei den durchschnittlichen Gesamtbrennstoffpreis von 474 601 Mk für 10 t frei Kraftwerke beträgt der Gesamtpreis für 1 KW.-Std.
317.— Mk bei 0,40 Mk. Grundpreis
277.— „ „ 0,35 „ „
238.— „ „ 0,30 „ „
222.— „ „ 0,28 „ „
206.— „ „ 0,26 „ „
Kommunales Elektrizitätswerk „Mark"
A.-G., Hagen i. W.

Bekanntmachung.
Der Herr Regierungspräsident in Arnsberg hat mit Wirkung vom 1. ds Mts ab die Hebammengebühr dem Teuerungsindex entsprechend erhöht. Die z. Zt. geltenden Gebührenordnung kann bei den Ortsbehörden eingesehen werden.
Altena, den 16. Januar 1923.
Der Vorsitzende des Kreiswohlfahrtsamtes:
J. V. Becker, Direktor.

Staunend hohe Preise für Edelmetalle
zahlt
GOLDBÖRSE HAGEN
Neumarktstraße 12. 5 Minuten vom Hauptbahnhof.

Das beste Geschenk ist ein gutes Buch!

Das Anjekind	von W. Bonsels
Die Rebächle	von H. Villinger
Der Hochlandspfarrer	von J. M. Seck
Die Sünde wider den Geist	von Artur Dinter
Hubertusland	von L. Ganghofer
Wär' ich geblieben doch	von Georg Hartwig
Hof Bockels Ende	von N. Jünger
Joachim Kronbergs verborgene Sendung	von N. Jünger
Heidjers Heimkehr	v. Dietr. Speckmann
Kameraden	von Rudolf Herzog
Die Burgkinder	von Rudolf Herzog
Die Wiskottens	von Rudolf Herzog
Stirb und Werde	von A. Brausewetter
Zum Herrscher geboren	v. A. Brausewetter
Einsamkeit	von E. Zahn
Die Liebe des Severin Imboden	v. E. Zahn
Lukas Hochstachers Haus	von E. Zahn
Unsers Herrgotts Kanzlei	von Wilh. Raabe
Der Hungerpastor	von Wilh. Raabe
Die Opferschale	von Ida Boy-Ed
Vor der Ehe	von Ida Boy-Ed
Widu	von H. Löns
Mümmelmann	„ „ „
Mein buntes Buch	„ „ „
Mein braunes Buch	„ „ „
Die Häuser von Ohlenhof	„ „ „
Dahinten in der Haide	„ „ „
Das zweite Gesicht	„ „ „
Der Werwolf	„ „ „
Der letzte Hansbur	„ „ „
Junglaub	„ „ „
Aus Wald und Haide	„ „ „
Meine Erinnerungen an H. Löns	von Elisabeth Löns-Erbeck
Hermann Löns, der Dichter	von Traugott Pilf
usw.	usw.

sind vorrätig.
Wilh. Bell jr., Halver.
— Fernruf 42. —

Kirchliche Nachrichten.

Evangel. Kirchengemeinde Halver. Sonntag, den 21. Januar. Vorm. 10 Uhr: Predigt Pastor D. Dresbach. — Der Kindergottesdienst fällt aus. — Freitag abend 8½ Uhr: Mitgliederversammlung des Posaunenchors.

Die durch Anordnung vom 12. April 1922 für den Amtsbezirk Halver zur Erhebung kommenden Verwaltungsgebühren sind auf den zehnfachen Betrag erhöht.
Halver, 17. Januar 1923.
Der Amtmann

Die Grundgebühr für jeden Anschluß an das Fernsprechnetz in Rönsahl (Bez. Dortm.) beträgt vom 1. April 1923 ab 420 Mark (§ 5 des Fernsprechgebührengesetzes v. 11. 7 1921, Reichsgesetzbl. S. 913) Dazu kommt auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspostministers v. 7. 12. 1922 betr. Aenderung der gesetzlichen Fernsprechgebühren (R. G. Bl., Teil I, Seite 902) ein Teuerungszuschlag von 2900%.
Die Teilnehmer sind berechtigt, ihre Anschlüsse zum 1. April zu kündigen. Die Kündigung ist bis zum 1. März bei dem Postamt in Rönsahl (Bez. Dortm.) anzubringen
Dortmund, 13. Jan 1923.
Oberpostdirektion

Landwirtschaftl. Verein e. V. Halver.
Am **Samstag, 20. d. M.,** nachm. 4 Uhr
Versammlung
im Gasthof zur Post.
Tagesordnung:
1. Steuerangelegenheit.
2. Stellungnahme an der Beteiligung zur Notgemeinschaft.
3. Verschiedenes
Der Vorstand.

Gebr
Kopierpresse
zu kaufen gesucht.
Wilhelm Bell jr., Halver.

Viehversicherungs-Verein Halver.
Sonntag, 28 Januar, nachm 4½ Uhr im Lokale der Frau Wwe. Lausberg „Im Adler"
Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Rechnungsablage.
2. Vorstandswahl.
3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Suche für sofort einen selbständigen
Vorarbeiter
für mein Gut nahe Marienheide. Er muß verheiratet und mit sämtlichen Maschinen vertraut sein. Wohnung, Land, Garten, Wiese sind vorhanden.
Meldung mit Zeugnisabschrift, kurzem Lebenslauf und Gehaltsansprüche unter **R. 100** an die Geschäftsst. des Allg. Anz., Halver erbeten.

Tüchtiger
Werkzeugschlosser
für sofort gesucht.
Casp. Arn. Winkhaus
Carthausen.
Fabrik elektr. Beleuchtungsapparate.

Altes Röhren-Bl
sowie **sonstige Altmete**
kauft laufend 2
Firma Häusler,
Klerspe-Bhf

Tabak
empfiehlt
F[illegible] m. Bohme
Schalksmühle.